

Landwirtschaft in Bayern - in der Mitte der Gesellschaft

**Modern und leistungsstark,
umweltfreundlich und traditionell.**

Beschluss des CSU-Parteivorstandes am 18. Mai 2009

Die aktuelle weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ist die schwerste seit 1929 und trifft auch die bayerische Land- und Forstwirtschaft hart. Unsere heimischen Landwirte und Waldbauern leiden v. a. unter den massiv gesunkenen Preisen und den rückläufigen Exporten. Gleichzeitig sind ihre Möglichkeiten zu Kostensenkungen eingeschränkt. Daher ist dringend ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Ertragskraft und Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Landwirte und Waldbauern erforderlich.

Die CSU nimmt die Sorgen und Nöte von Landwirten und Waldbauern ernst und unterstützt sie nach Kräften, die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise zu bewältigen. Die CSU kämpft im Bund und in Europa wie keine andere Partei für die **berechtigten Anliegen** unserer Bäuerinnen und Bauern!

Der Erhalt einer wettbewerbsfähigen und multifunktionalen Landwirtschaft, die Versorgung unserer Bevölkerung mit gesunden, hochwertigen Lebensmitteln aus heimischer Produktion ohne Abhängigkeit vom Ausland und die **flächendeckende Landbewirtschaftung** auch in Zukunft sicher zu stellen, dies ist unser politisches Ziel.

In Bayern gilt der Grundsatz einer gleichwertigen Entwicklung von städtischen Ballungsgebieten und ländlichen Räumen. **Land- und Forstwirtschaft sind die wichtigste Säule unserer ländlichen Räume.** Die Land- und Ernährungswirtschaft sowie die Forst- und Holzwirtschaft sichern Arbeitsplätze, produzieren hochwertige Lebensmittel und wertvolle Agrarrohstoffe, erhalten und pflegen die Kulturlandschaft und den Lebensraum der Tiere und Pflanzen und tragen zur Energieerzeugung und zum Klimaschutz bei.

Der Erhalt unserer bäuerlich geprägten Land- und Forstwirtschaft und vitaler ländlicher Räume hat deshalb für uns hohe Priorität. Auch in einem europäischen Binnenmarkt und zunehmend offenen Weltmärkten können **nicht allein die Kräfte des Marktes** entscheiden, wer überlebt. Unterschiedliche Produktionsbedingungen, strukturell klimatische Verhältnisse und gesellschaftliche und ökologische Standards rechtfertigen die gezielte Unterstützung der Landwirtschaft in Bayern und innerhalb der EU. Die CSU ist schon immer **Anwalt unserer Bäuerinnen und Bauern** gewesen.

Franz-Josef Strauß formulierte den sog. Jahrhundertvertrag als gesellschaftliches und politisches Bündnis zum Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft.

Dr. Theo Waigel führte diesen Kurs weiter. Mit der Umsetzung des Euro wurde Währungsstabilität auch für den grünen Markt geschaffen und die immer wieder erfolgte Abwertung deutscher Agrarprodukte abgeschafft.

Dr. Edmund Stoiber setzte neue Akzente zur Stärkung der ländlichen Räume und ließ sich in seinem Einsatz für die Landwirte durch niemand übertreffen.

Zusammen mit **Horst Seehofer** wurde die Freistellung der Erbfolge von Erbschaftssteuer ebenso wie die Erhöhung der Vorsteuer und eine Absicherung der EU-Zahlungen durchgesetzt. Nach den armseligen Jahren unter rot-grün, wurde die Landwirtschaft unter Agrarminister Horst Seehofer wieder in der Mitte der Gesellschaft verankert.

Die neue Bundesministerin **Ilse Aigner** und **Helmut Brunner** in Bayern setzen diesen Weg fort. Durch geschlossenen Einsatz der CSU-Politiker in Brüssel, Berlin und München haben wir in Bayern gegen viele Widerstände in den letzten Jahren einiges erreicht. Als Beispiele sind zu nennen:

- Beim **Gesundheits-Check der EU-Agrarpolitik** sind Kürzungen für die deutschen Bauern um rund 185 Mio. Euro geringer als von der EU-Kommission gefordert und **Kontrollen** (Cross Compliance) **weiter vereinfacht** worden.
- **50 Prozent** aller bayerischen Betriebe wurden **von der Kürzung der Direktzahlungsmittel durch die Modulation freigestellt**.
- Der **Milchfonds** und zusätzliche Mittel aus dem europäischen Konjunkturprogramm konnten **durchgesetzt** werden.
- Nur der CSU ist es zu verdanken, dass bei der Erbschaftsteuer alle Belange der Land- und Forstwirtschaft erfolgreich durchgesetzt und die Generationen übergreifende Weiterführung der Betriebe gesichert werden konnten.
- Die **Doppelbesteuerung der Betriebsprämien** wurde **verhindert**.
- Die **landwirtschaftliche Sozialversicherung wurde mit zusätzlichen Finanzmitteln gestärkt und zukunftsfähig** gemacht. Vor allem die Unfallversicherung wurde durch den Herauskauf von Kleinrenten in Höhe von 400 Mio. Euro und einer weiteren Bezuschussung von jährlich 200 Mio. Euro stabilisiert. Damit konnten **Altlasten aufgrund des Strukturwandels bewältigt** und das System zukunftsfähig gemacht werden. Bei der landwirtschaftlichen Krankenversicherung ist es gelungen, die beitragsfreie **Mitversicherung von Bauernkindern und die Beitragssenkung** durch das Konjunkturpaket II sicher zu stellen.
- Durch die entsprechende **Ausgestaltung der Förderprogramme** und durch eine **gelingene Marketingstrategie** wurde Bayern sowohl bei der Erzeugung als auch bei der Vermarktung die **Nummer 1 im Ökolandbau** in Deutschland.
- Jüngst haben wir die Veröffentlichung von betrieblichen Daten im Internet gestoppt: Solange Datenschutzfragen nicht endgültig geklärt sind und eine Gleichbehandlung mit den übrigen Wirtschaftsbereichen nicht sichergestellt ist, wird die **EU-Transparenzinitiative in Bayern nicht umgesetzt**.

Mit klarem Kurs in die Zukunft: Agrarpolitische Schwerpunkte für die nächsten Jahre

1. Bayerns Land- und Ernährungswirtschaft für den Markt rüsten

Die Agrarexportoffensive ist eine Erfolgsgeschichte bayerischer Agrarpolitik. Der Rekordwert von 7,5 Milliarden Euro beim Agrarexport 2008 zeigt, dass die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft die Marktchancen in der EU und weltweit nutzt und bayerische Qualitätsprodukte und Spezialitäten auch bei einem liberalisierten Handel international konkurrenzfähig sind. Bayern produziert qualitativ hochwertige Lebensmittel und Spezialitäten mit weltweit exzellentem Image. Beispielweise gehen fast 70 % des bayerischen Käses auf Märkte außerhalb der weiß-blauen Grenzen.

Wir wollen nicht nachlassen, die Erschließung der für Bayern so wichtigen Auslandsmärkte konsequent voran zu bringen und die heimische Land- und Ernährungswirtschaft auch künftig international wettbewerbsfähig aufzustellen. Dazu gehört neben der Weiterführung und Intensivierung der Agrarexportoffensive v. a. auch die gezielte Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zukunftsorientierter landwirtschaftlicher Betriebe und der verarbeitenden mittelständischen Unternehmen durch bewährte Maßnahmen wie einzelbetriebliche Investitionsförderung und Marktstrukturförderung. Wir bauen auf die Innovationskraft und den Unternehmergeist unserer Land- und Ernährungswirtschaft, um auch künftig ein ausreichendes Einkommen erzielen zu können und Marktchancen zu sichern.

2. Finanzierung der Agrarpolitik – Dem gesellschaftlichen Anspruch gerecht werden

Die CSU setzt sich dafür ein, die Mittel für die **Gemeinsame Agrarpolitik** auch nach 2013 in vollem Umfang zu erhalten. Die bevorstehende Zäsur muss aber auch für eine deutliche **Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik** genutzt werden, um ihre Akzeptanz in Landwirtschaft und Gesellschaft steigern.

Wir brauchen eine starke erste Säule und eine finanziell gut ausgestattete zweite Säule der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik. Nur dadurch können das europäische Agrarmodell einer nachhaltigen, multifunktionalen und vielfältig strukturierten Landwirtschaft und die flächendeckende Erhaltung der Kulturlandschaften gesichert werden. Wenn die Marktordnungen zurückgefahren werden, gleichzeitig aber eine Landwirtschaft EU-weit und flächendeckend vorhanden sein soll, dann ist es notwendig, die von Natur aus benachteiligten Standorte relativ besser als bisher zu stellen. Den kleinbäuerlichen Strukturen in Bayern und auch in anderen Mitgliedstaaten ist besonders Rechnung zu tragen.

Die im Vergleich zu den meisten Drittstaaten deutlich höheren **Produktionsstandards** und die deutlich höheren Kosten für die Bereitstellung so genannter öffentlicher Güter (natürliche Ressourcen, Kulturlandschaft, Mindeststrukturen im ländlichen Raum) sind eine ausreichende Legitimation für die Fortführung der Zahlungen. Neben den Direktzahlungen der EU werden dafür von Bund und Land rund 2,35 Mrd. € jährlich bereitgestellt. Der Freistaat unterstützt mit mehr als einer Mrd. Euro allein an Landesmitteln seine Land- und Forstwirtschaft wie kein zweites Land in Deutschland. Dies ist auch weiterhin unser Anspruch!

Die **Gemeinschaftsaufgabe (GAK)** „Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz“ ist für die CSU auch künftig das zentrale agrarpolitische Instrument zur Wettbewerbsstärkung der Agrarwirtschaft und zur finanziellen Absicherung des Küstenschutzes. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass diese Aufgaben nicht nur von regionalem Interesse sind, sondern auch nationale Anstrengungen erfordern. Die Agrarpolitiker der CSU haben den Abbau der GAK-Mittel gestoppt und die Aufgabenbereiche, wie z. B. die Breitbandförderung, deutlich erweitert.

Wir halten daher unsere Forderung nach einer **Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabemittel** aufrecht.

Der **Agrarhaushalt der EU** darf nicht zum Steinbruch für andere Politikbereiche werden.

Aufgrund der dramatischen Preissituation auf den Agrarmärkten wollen wir einen möglichst großen Teil der **EU-Direktzahlungen** um ein halbes Jahr **vorziehen**, um schon im Sommer 2009 den Landwirten die nötige Liquidität zu sichern. Der Bund muss die dafür nötigen Mittel zur Zwischenfinanzierung bereitstellen. Ferner wollen wir über Bürgschaften für Kredite die Liquidität der Betriebe stützen.

3. Mehr Verantwortung vor Ort – Mehr regionale Kompetenz

Die Gemeinsame Agrarpolitik war und ist Motor für den Integrationsprozess der EU und den Zusammenhalt in der Gemeinschaft. Inzwischen sind jedoch Entwicklungen zu Tage getreten, die über dieses Ziel weit hinauschießen und deshalb wieder zurückgeführt werden müssen.

Politik muss sich von unten nach oben legitimieren. Wir brauchen nicht mehr, sondern **weniger Regelungen aus Brüssel**. Denn, die notwendige Bürgernähe und unser Leitziel, die Probleme möglichst am Ort ihres Entstehens zu lösen, sind häufig aus dem Blickfeld geraten. Beispiele dafür sind:

- Die Entscheidung auf EU-Ebene über den Anbau gentechnischer veränderter Pflanzen: Wir wollen **keinen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen** in Bayern; weder von den Landwirten noch vom Verbraucher wird sie nachgefragt. Die EU soll künftig nur über die Zulassung entscheiden, über den Anbau die Mitgliedsstaaten bzw. die Regionen.
- EU-Regelungen zur **Kennzeichnung von Lebensmitteln**: sie verbieten oder erschweren erheblich die Verbindung von Qualitätskennzeichen mit regionalen Herkünften, obwohl es gerade die Vielfalt ist (kulinarisch, kulturell etc.), die Europas Stärken ausmacht,
- die pauschalen Vorgaben für eine **Mindestlagerkapazität für Gülle**,
- ein **rigides Beihilferecht**, das selbst bei 100 % Landesfinanzierung langwierige und schwierige Genehmigungsprozeduren nach sich zieht, obwohl von vielen Beihilfemaßnahmen keine Wettbewerbsverzerrungen ausgehen,
- Vorgaben für die landwirtschaftliche Tierhaltung (z. B. Anbindehaltung).

4. Milchpolitik – Den Markt stabilisieren und den Absatz ankurbeln

Bayern ist das Milchland Nummer 1 in Deutschland. Die Milchviehhaltung ist eine tragende Säule des Agrarstandortes Bayern. Für die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft hat die Milchproduktion eine herausragende Bedeutung. Bayern zählt mit einer Milcherzeugung von rd. 7,5 Mio. t zu den größten zusammenhängenden Milcherzeugerregionen Europas. Die Einnahmen aus der Milchviehhaltung sind die wirtschaftliche Grundlage für rd. 46.000 bäuerliche Familienbetriebe in Bayern. Mit ihrer Arbeit leisten die Milchviehhalter einen bedeutenden Beitrag für die Wirtschaftskraft des ländlichen Raums. Sie prägen durch ihre Wirtschaftsweise wesentliche Teile unserer Kulturlandschaft. Die Milchviehbetriebe brauchen jedoch faire Preise, die es ihnen ermöglichen, die Produktionskosten zu decken, notwendige Investitionen zu tätigen und von ihrer Arbeit leben zu können.

Ziel unserer Milchpolitik ist es daher, den Absatz von Milch und Milchprodukten sowohl im Inland als auch auf Drittlandsmärkten wieder in Gang zu bringen und dadurch die Produktpreise wieder zu erhöhen.

- Bundesagrarinministerin **Ilse Aigner** hat im Bereich des **Milchfonds wichtige Forderungen durchgesetzt**. Damit werden erst zusätzliche Maßnahmen z. B. für benachteiligte Gebiete, Agrarumweltprogramme und Investitionsförderung möglich.
- Der Bayerische Landwirtschaftsminister **Helmut Brunner** hat aus eigenen Haushaltsmitteln die **Milchkuhprämie entwickelt**, um noch in diesem Jahr der Krise den Milchviehbetrieben ein Signal der Unterstützung zuzusenden.
- Wir setzen trotz Widerständen weiterhin auf ein **System der Mengengrenzung**. Die Mengenausweitung auf EU-Ebene ist dafür mehr als kontraproduktiv. Deshalb lehnen wir auch weiterhin und konsequent jede Milchquotenerhöhung ab. Der Mengendruck muss vom Milchmarkt genommen werden, damit der Verfall des Milchpreises gestoppt werden kann. Als rasch wirkende Maßnahme halten wir im laufenden Milchwirtschaftsjahr eine vorübergehende Absenkung der Milchquote um 5 Prozent für sinnvoll. Die CSU wird auch in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments für eine preisstabilisierende Milchmengensteuerung eintreten.
- Das Marktgleichgewicht muss wieder hergestellt werden! Wir fordern deshalb darüber hinaus von der EU das **Vorziehen der Marktüberprüfung** auf 2009.
- Die CSU fordert auch die **Beibehaltung von Intervention und Exporterstattung** (mit Ausnahme von Entwicklungsländern, bei denen die eigene Produktion beeinträchtigt würde) und die Unterstützung der privaten Lagerhaltung.
- Zur **Verbesserung der Binnennachfrage** müssen die Milchfett- und Milcheiweißanteile in der Lebensmittelverarbeitung erhöht sowie das EU-Schulmilchprogramm ausgebaut und entbürokratisiert werden. Wir werden zusammen mit der Ernährungswirtschaft und den Verbänden Maßnahmen entwickeln, um die Verwendung von Milch und Milchprodukten in Schulen, Kindergärten und Kantinen wieder attraktiv zu machen.

- In Bayern wollen wir die **Entwicklung innovativer Produkte** voranbringen, die **Zusammenarbeit von Molkereien anregen** (Verhandlungsposition gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel stärken) und den **Lebensmitteleinzelhandel sowie die Molkereien stärker in die Pflicht nehmen**. Die beim Milchgipfel gegebenen Zusagen der Molkereien und des Lebensmitteleinzelhandels sind einzuhalten. **Der Preiswettbewerb des Lebensmitteleinzelhandels darf nicht auf dem Rücken unserer Bäuerinnen und Bauern ausgetragen werden. Dafür ist die Sicherung der Versorgung mit gesunden, hochwertigen Lebensmitteln zu wertvoll.**

5. Bürokratieabbau – Belastungen für die Zukunft verhindern.

Die **Bürokratiebelastung** für die Bauern hat inzwischen ein selbst für Fachleute unüberschaubares Maß angenommen. Wir brauchen einen spürbaren Bürokratieabbau und müssen neue Bürokratie verhindern, damit sich Bauern wieder mehr auf ihre eigentliche Arbeit auf dem Feld und im Stall konzentrieren können.

Wir konnten bereits **wichtige Erfolge** erzielen (z. B. Abschaffung des Flächenstilllegungspflicht und des 10-Monatszeitraums, Einführung des Verhältnismäßigkeitsprinzips, Bagatellregelungen und Absenkung der Kontrolldichte auf 1 % bei CC, Streichung des Rinderpasses, Streichung der Doppelbelege bei Tierarzneimitteln). **Das reicht aber nicht!**

- a) Wir fordern auf EU-Ebene ein sofortiges Moratorium aller gesetzlichen Rahmenbedingungen, die die Landwirtschaft durch neue Bürokratie belasten können.
- b) Wir wollen **neue Vorschriften vermeiden** (z. B. Bodenschutzrahmenrichtlinie, Immissionsschutzrechtliche Regelungen, Rinderhaltungsverordnung zur Ablösung der bisherigen Leitlinien). Heute noch müssen Entscheidungen aus der rot-grünen Regierungszeit umgesetzt werden wie z.B. der Erosionsschutz. Vorschriften die auf europäischer Ebene erst gar nicht entstehen, müssen auch nicht in nationales Recht umgesetzt werden!
- c) Wir drücken weiter bei der **Vereinfachung von Vorschriften** auf EU-Ebene aufs Tempo (EU-Aktionsplan Bessere Rechtsetzung und Aktionsprogramm der Generaldirektion Landwirtschaft).
- d) Wir wollen bei bereits bestehenden Vorschriften die gegebene nationale und regionale **Flexibilität konsequent nutzen** (z. B. EU-Hygienepaket)

6. Flächenverbrauch vermindern – ökologische Ausgleichsflächenregelung schaffen

Bundesweit gehen täglich 115 ha durch Siedlungs- und Verkehrsprojekte für eine land- und forstwirtschaftliche Nutzung verloren. Vor allem darf es keinesfalls sein, dass durch die Ausgleichsflächenregelung zusätzlich beste Äcker und Wiesen der landwirtschaftlichen Produktion entzogen werden (z.B. beim Straßenbau oder bei Gewerbegebietsausweisungen). Wir konnten bereits in Berlin Verbesserungen erreichen: In die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes, das noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll, wurden auf Initiative von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse

Aigner wesentliche Verbesserungen eingearbeitet (Rücksichtnahmegebot, Ausgleich oder Ersatz auch durch Maßnahmen zur Entsiegelung, zur Wiedervernetzung von Lebensräumen oder durch Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen). Bund und Länder können auf die konkrete Ausgestaltung Einfluss nehmen. Dadurch kann die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen deutlich verringert werden.

Darüber hinaus muss der Bedarf für sog. ökologische Ausgleichsflächen flexibilisiert und reduziert werden. Die innerörtliche Verdichtung muss Vorrang haben.

Wir wollen, dass die Landwirte frühzeitig in geplante Vorhaben eingebunden werden, die **Verantwortung für Ausgleichsflächen möglichst beim Landwirt** belassen, das Flächenmanagement für Ausgleichsflächen verbessert und die Möglichkeit für einen finanziellen Ausgleich erweitert wird.

7. Wettbewerbsnachteile ausgleichen – Agrardieselbesteuerung harmonisieren

Wir kämpfen in Berlin für die Gleichstellung der Wettbewerbsverhältnisse in Europa. Unterschiede bei der **Agrardieselbesteuerung**, die zwischen 0,33 Cent/Liter in Dänemark und durchschnittlich 40 Cent/Liter in Deutschland liegen, gefährden auf Dauer die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft und sind deshalb für uns **nicht länger hinnehmbar**. In einem unglaublichen Kraftakt konnten wir Dank des Einsatzes unseres Ministerpräsidenten Horst Seehofer für Bayern erreichen, den Selbstbehalt beim Agrardiesel durch Landesmittel auszugleichen, sobald für die dazu erforderliche Änderung des Energiesteuergesetzes auf Bundesebene (Länderöffnungsklausel) die beihilferechtliche Genehmigung der EU vorliegt. Falls die EU-Genehmigung nicht kurzfristig zu erreichen ist, muss der Selbstbehalt bundesweit entfallen.

Wir werden darüber hinaus alles unternehmen, um bei der Agrardieselsteuer eine Angleichung in der EU zu erreichen. Ein wichtiger erster Schritt dazu ist die Streichung der von rot-grün eingeführten Unter- (350 € Selbstbehalt) und Obergrenze (10 000 Liter) auf Bundesebene und die Wiederherstellung des Zustandes vor Künast.

8. Agrarsozialpolitik – Verantwortung für alle Generationen

Der damalige Bundesagrarminister Seehofer hat erfolgreich die **Reform der landwirtschaftlichen Unfallversicherung** mit zusätzlichen Bundesmitteln in Höhe von 400 Mio. € durchgesetzt. Wegen des Strukturwandels kann die landwirtschaftliche Unfallversicherung die **Altlasten** nicht alleine bewältigen. Durch das Herauskaufen von sog. Kleinrenten und durch die gleichzeitige Bereitstellung von 200 Mio. € Bundeszuschuss pro Jahr konnten für die Landwirtschaft tragfähige Beiträge erreicht werden.

Zudem ist es bei der landwirtschaftlichen Krankenversicherung gelungen, die beitragsfreie Mitversicherung für Bauernkinder und die Beteiligung an der Beitragssenkung der Kassen im Konjunkturpaket II sicher zu stellen. Dadurch ist eine deutliche Beitragsentlastung ab dem 01.07.2009 bei allen Landwirten möglich.

Wir treten dafür ein, dass der **Bundeszuschuss** bei der Unfallversicherung in der bisherigen Höhe von jährlich 200 Mio. € **über 2009 hinaus** fortgeführt wird.

9. Eigentum erhalten durch ein vernünftiges Entschädigungsgesetz

Eigentum ist die Grundlage für eine erfolgreiche soziale Marktwirtschaft und für eine wertorientierte stabile Gesellschaft. Unser Ziel ist es daher, die Eigentumsquote an Wohnimmobilien zu erhöhen und eine breite Eigentumsstreuung in der Gesellschaft sicherzustellen. Deshalb haben wir so hartnäckig bei der Novellierung des Erbschaftssteuergesetzes verhandelt. Der Zugriff auf das Eigentum muss Grenzen haben, die wieder stärker zum Ausdruck gebracht werden müssen.

Deshalb werden wir im **Entschädigungsgesetz** verankern, dass jeder über die Sozialpflichtigkeit hinausgehender Eingriff ins Eigentum finanziell zu entschädigen ist. Dies gilt für Eingriffe im Rahmen des Hochwasser- und Trinkwasserschutzes ebenso wie für Zwecke des Naturschutzes. Zur besseren Abgrenzung der Entschädigungspflicht streben wir an, eine Legaldefinition im Gesetz zu verankern.

Wir halten am Grundsatz „Freiwilligkeit gegen Förderung von Ordnungspolitik“ fest.

10. Mehr Unabhängigkeit bei der Energie – Nachwachsende Rohstoffe fördern und ausbauen

Bayern hat als erstes Land die Chancen und Notwendigkeit des Anbaus und der Verwertung von **Nachwachsenden Rohstoffen** erkannt und diesen Sektor von Anfang an durch sinnvolle Maßnahmen und die Bereitstellung erheblicher Mittel angeschoben. Seit 1990 haben wir dafür 227 Mio. €, davon 187 Mio. € Landesmittel bereitgestellt.

Durch die **Novellierung des EEG**, die die bayerische Handschrift trägt, und die dabei neu geschaffenen Boni (für Gülleverwendung, für Kleinanlagen und für die Kraft-Wärmekoppelung) werden einerseits bäuerliche Anlagenbetreiber gestärkt und andererseits die Verwertungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Nebenprodukte verbessert.

Völlig inakzeptabel für uns sind jedoch die aktuellen **steuerlichen Regelungen für reine Biokraftstoffe**. Durch die derzeitige Besteuerung und angesichts des gegenwertigen Preises für fossile Kraftstoffe kommt dieser Sektor derzeit vollkommen zum Erliegen. Wir fordern daher eine Aussetzung der Besteuerung für reine Biokraftstoffe, damit der Markt wieder in Gang kommt und mittelfristig eine flexible Besteuerung in Abhängigkeit von den Markterfordernissen.

11. Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft – für mehr Arbeitsplätze und Klimaschutz

Die Forst-, Holz- und Papierindustrie mit über 200 000 Beschäftigten und einem jährlichen Umsatz von über 31 Milliarden Euro zählt zu den fünf wichtigsten Branchen in Bayern. Die Weltfinanzkrise hat auch diese Branche mit sinkenden Erlösen und rückläufigem Export voll erfasst. Bayern hat bundesweit die größten, nachhaltig nutzbaren Holzreserven. Wir wollen uns deshalb dafür stark machen, dass Holz als klimafreundlicher und innovativer Bau-, Dämm- und Werkstoff vermehrt eingesetzt wird. Andererseits gefährdet der Klimawandel unsere heimischen Wälder und erfordert einen umfassenden Umbau in stabilere Mischwälder. Hier können die rd. 700.000 bayerischen Waldbauern auch künftig auf unsere Unterstützung zählen.

12. Gentechnikanbaufreies Bayern

Weder Landwirte noch Verbraucher wollen, dass bei uns genveränderte Pflanzen angebaut werden. Auch ist bisher kein Nutzen der derzeit zugelassenen genveränderten Pflanzen erkennbar, der diesen Anbau zwingend erscheinen lässt.

Bundesministerin Ilse Aigner hat aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse entschieden, die Anbaugenehmigung für Mais MON 810 aufgrund der Schutzklausel der EU-Freisetzungsrichtlinie ruhen zu lassen. Damit hat sie ein nationales Anbauverbot für die einzige zur Zeit in Europa kommerziell angebaute gentechnisch veränderte Pflanze erlassen.

Diese Entscheidung ist ein großer Erfolg für die bayerische Initiative zu einem gentechnikanbaufreien Bayern. Fakt ist, dass ab diesem Jahr weder ein kommerzieller Anbau mit gentechnisch veränderten Organismen noch ein staatlicher Versuch in Bayern im Freiland angebaut wird.

Wir treten auf europäischer Ebene darüber hinaus weiterhin für ein **regionales Selbstbestimmungsrecht** beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ein.

Genforschung werden wir in Bayern auch künftig ermöglichen, um selbst Chancen und Risiken beurteilen zu können. Dafür müssen Maßstäbe und Grenzen entwickelt werden.

Wir wollen zudem die Kontrolle von Importen in die EU weiter ausbauen. Zum Schutz der Verbraucher benötigen wir verlässliche Methoden, um gentechnische Veränderungen in Lebensmitteln nachweisen zu können. Auch hierfür ist weiterhin eine eigene Sicherheits- und Schutzforschung erforderlich.

13. Schöpfung bewahren – Keine Patentierung von Mensch, Tier und Pflanzensorten

Wir sehen bei der gegenwärtigen europäischen Gesetzgebung zum Patentrecht deutlichen Nachbesserungsbedarf. Patentfragen, gerade im Bereich der Züchtung von Tieren und Pflanzen, dürfen keine rein juristische und auch keine rein wirtschaftliche Angelegenheit sein. Auch ethische Aspekte gehören berücksichtigt.

Die Transparenz für die Öffentlichkeit muss deutlich erhöht werden. Patente sind in ihren Auswirkungen so darzustellen, dass sie von Jedermann verstanden werden können.

Wir brauchen einen fairen Ausgleich zwischen forschenden Unternehmen und Landwirtschaft. Wir wollen weiterhin die Unabhängigkeit unserer Bauern und Bäuerinnen von Konzernen sicherstellen. Die Zucht von landwirtschaftlichen Nutztieren durch Kreuzung und Selektion muss patentfreie Zone bleiben.